Jede Möglichkeit, breite Kreise der Bevölkerung für die ständige, lebendige Mitarbeit zur Leitung des Staates zu gewinnen, muß ausgenutzt werden. Viele Aufklärer der Nationalen Front stellen bei ihrer Tätigkeit in den Wahlbezirken kleine Mißstände fest, die sich oft durch die Haus- und Hofgemeinschaften selbst beseitigen lassen. Sie sollen das Ziel -ihrer Tätigkeit gerade darin sehen, die Menschen zu überzeugen, aus eigener Kraft mit diesen Mißständen aufzuräumen. Dort, wo unbedingt die Verwaltung eingeschaltet werden muß, sollten sie an Ort und Stelle kontrollieren, ob die Anregungen und Kritiken beachtet werden. Damit wird das Bewußtsein der Werktätigen in ihre eigene Kraft und Stärke erhöht. Auch diese Aufklärer helfen, die Demokratie zu verwirklichen, die Menschen zur Mitarbeit an den staatlichen Aufgaben zu gewinnen, sie sind selbst schon die große Kaderreserve für die Arbeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

Hindernisse

Was steht der Ausnutzung dieser vielfältigen Möglichkeiten, alle Werktätigen an der Leitung des Staates zu beteiligen, noch häufig im Wege?

Vielfach verstehen es unsere Genossen als Mitglieder der führenden Partei noch nicht, den Arbeitern und Bauern die Möglichkeiten und die Notwendigkeit zur Mitarbeit überzeugend zu erklären. Oft glauben unsere Genossen, diese Mitarbeit könne nur durch Genossen erfolgen, sie stützen sich ungenügend auf die fortschrittlichen Arbeiter im Betrieb und werktätigen Bauern im Dorf. Daher kommt es, daß das Verantwortungsgefühl der Werktätigen für die Leitung ihres eigenen Staates noch nicht genügend entwickelt ist. Viele glauben noch, es sei allein die Sache der gewählten Vertreter in Regierung und Parlament zu regieren. Sie wissen häufig noch nicht, daß diese gewählten Vertreter lediglich die Voraussetzungen für eine richtige Leitung des Staates im Interesse der Werktätigen schaffen können, daß aber das Tempo, in dem sich der Wohlstand des Volkes hebt, von ihrer eigenen Mitarbeit im Dorf, im Betrieb und im gesellschaftlichen Leben abhängt.

Statt die fortschrittlichen Parteilosen an Hand ihrer eigenen Erfahrungen bei der Mitarbeit zur Verantwortlichkeit für die Leitung des Staates zu erziehen, glauben manche Genossen, das vorwiegend durch Schulung und politische Referate tun zu müssen. Von der Richtigkeit und unüberwindlichen Stärke unserer Weltanschauung werden unsere Arbeiter und Bauern vor allem durch eigene Mitarbeit an der Staatsführung erzogen. So wie sie heute helfen, die Produktion zu steigern und die Qualität der Produktion zu verbessern, weil sie sich überzeugt haben, daß das in ihrem eigenen Interesse liegt, so werden sie morgen helfen, die Leitung des Staates ständig zu verbessern und auf ein höheres Niveau zu heben, wenn sie durch eigene ständige Mitarbeit die Erfolge besser zu spüren bekommen.

Das ist Demokratie — das ist Volksherrschaft, Verantwortlichkeit jedes einzelnen, dort, wo er tätig ist, von unten bis oben Mithilfe an der Leitung des Staates. Bei der Volkswahl im Oktober werden unsere Werktätigen die besten Vertreter ihrer Interessen in die Volkskammer delegieren. Sie werden ihnen dann, jeder an seinem Platz, helfen, unseren Staat im Interesse des Friedens, der Einheit und eines glücklichen Lebens für alle zu leiten.

Lore Albrecht

In Bonn regiert

In Westdeutschland ist eine ungeheure ökonomische Macht in den Händen einer kleinen Gruppe von Konzern- und Bankherren zusammengeballt. Die Schlüsselindustrien sind durchweg straff monopolisiert, das Geld- und Kreditwesen ist in einigen Großbanken konzentriert. Das Potsdamer Abkommen, das eine Zerschlagung der Industrie- und Bankmonopole vorsah, ist nicht durchgeführt worden. Die Macht über das Geld, das nach der Währungsreform im Jahre 1948 von den westdeutschen Monopolherren als einziger Bezugsschein gefeiert wurde, verleiht den Finanzkapitalisten gewaltige politische Macht.

Die deutschen Monopolherren haben während des Krieges durch die Ausbeutung des ganzen deutschen Volkes und ausländischer Arbeiter, die wie Sklaven aus allen von den Nazis besetzten europäischen Ländern zusammengetrieben wurden, unvorstellbare hohe Profite erpreßt. Die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten, die Westdeutschland besetzten, gaben im Namen des „heiligen Privateigentums" den deutschen Imperialisten ihre Werke wieder zurück, nicht ohne dabei selbst, das Besatzungsregime ausnutzend, in die deutsche Industrie einzusteigen.

Sich stützend auf die Kriegs- und Nachkriegsgewinne, auf ihre ungeheure wirtschaftliche Macht, üben die deutschen und ausländischen Konzernherren einen furchtbaren Druck auf das ganze politische Leben in Westdeutschland aus. Der Bonner Staat wurde nach ihren Wünschen, ihren Zielen entsprechend, zureöhtgeschnitten. Im Bonner Staat herrschen die gleichen treibenden Kräfte wie in Hitlerdeutschland. Da aber die offene brutale und terroristische Diktatur des Kapitals im zweiten Weltkrieg bankrott gemacht hat und in den Augen der Menschen in Westdeutschland diskreditiert ist, verbergen die wahren Machthaber ihre Diktatur unter einem demokratischen Mäntelchen. Zu diesem Mäntelchen gehören auch sogenannte freie Wahlen, für die gewisse demokratisch aussehende Spielregeln ausgearbeitet wurden, wie z. B. das Nebeneinanderbestehen von vielen Parteien, die sich mit viel Geräusch bekämpfen. Von den kapitalistischen Machthabern, ihrer Presse und von den rechten sozialdemokratischen Führern werden nur jene Wahlen für „frei" erklärt, die diesen Spielregeln folgen. Wie aber diese Spielregeln von den Konzern- und Bankherren ausgenutzt werden, ist bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 dem deutschen Volke vorexerziert worden.

Die Partei Adenauers, die CDU, verlangte und erhielt zur Durchführung der Bundestagswahl 150 Millionen Mark von der Industrie, von den Banken und Versicherungen. Damals brachte der SPD-Vorstand eine Denkschrift unter dem bezeichnenden Titel „Unternehmer-Millionen kaufen politische Macht" heraus. Darin bezeichnete er die Bonner bürgerlichen Parteien als „politische Hilfstruppen der deutschen Unternehmerschaft".

Die industriellen Verbände veranstalteten zur Förderung des Wahlkampfes ihrer Parteien eine Umlage, wonach die Unternehmer 10 Mark pro Kopf ihrer Beschäftigten an einen zentralen Wahlfonds abführten. Fritz Berg, der Vorsitzende des Bundesverbandes der deutschen Industrie, schrieb damals an die Unternehmer:

„Ich wende mich daher an Sie, wie an andere Industriefirmen, mit der Bitte, einen Betrag, der 1000 DM nicht unterschreiten sollte, unter der Bezeichnung ‚Adenauer-